



# Interviews

**Datum: 12. Mai 2024**

**Peter Kapern im Gespräch mit Nicolas Schmit, EU-Kommissar, Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas**

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

**Kapern:** Am Mikrofon Peter Kapern, schön, dass Sie dabei sind, meine Damen und Herren. Nicolas wer? So lautete wohl die am häufigsten gestellte Frage, als er Anfang März zum Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokratie für die Europawahlen im Juni bestimmt wurde. Er will also Chef der EU-Kommission werden und dann die mächtigste europäische Behörde leiten. Nicolas Schmit, heute bei uns zu Gast im Interview der Woche. Und an dessen Ende werden Sie, meine Damen und Herren, ihn ein ganzes Stück besser kennen. Herr Schmit, danke, dass Sie sich für den Deutschlandfunk Zeit nehmen.

**Schmit:** Danke.

**Kapern:** Vor einigen Tagen – und damit steigen wir in unser Interview ein mit einem Thema, das Deutschland sehr bewegt in diesen Zeiten - vor einigen Tagen ist in Dresden ein SPD-Europaabgeordneter, Matthias Ecke, beim Plakate-aufhängen attackiert und krankenhaushausreif geschlagen worden. Es ist bei weitem nicht der erste Angriff gewesen auf Politiker in Deutschland in dieser Art. Jetzt ist auch noch Franziska Giffey, die Berliner Wirtschaftssenatorin, attackiert worden und andere Politiker wieder in Dresden. Herr Schmit, ist das eigentlich ein deutsches Problem oder sagt das auch was aus über die Demokratie in Europa?

**Schmit:** Also ich glaube schon, dass es hier ein deutsches Phänomen ist, das aber auch in anderen Mitgliedsstaaten existiert. Auf jeden Fall sehen wir ja überall in Europa die Rechtsextremen, erstens zur Gewalt greifen, das heißt eigentlich ihr wahres Gesicht zu zeigen. Und das ist eigentlich sehr beunruhigend.

**Kapern:** Ist die europäische Demokratie in Gefahr? Kann man das sagen?

**Schmit:** Also Demokratie ist immer in einem gewissen Sinne in Gefahr, wenn man sie nicht stetig schützt und auch weiterentwickelt. Und wir sehen das ja: Wir haben das in Polen gesehen, wir sehen das in Ungarn, wir sehen das eventuell auch in einem Land wie der Slowakei, dass Demokratie nicht etwas ist, was definitiv ist. Also, wenn da jemand die Demokratie angreifen will, abschaffen will, dann ist das Paradox

ja, dass eigentlich Demokratien es erlauben mehr oder weniger, auch abgeschafft zu werden. Und da liegt die große Gefahr, wenn wir uns nicht mobilisieren, um die Demokratie zu schützen.

**Kapern:** Jetzt haben Sie zwei Dinge in einen Korb geworfen und da will ich dann noch mal nachfragen, ob sie wirklich in einen gemeinsamen Korb gehören. Das eine sind Regierungen, die vielleicht autoritäre Tendenzen haben. Das andere sind Menschen von der Straße, die zu Gewalt gegen Kommunalpolitiker, Europapolitiker greifen. Gehört das wirklich zusammen?

**Schmit:** Es gehört nicht völlig zusammen. Aber es gibt schon Beziehungen, glaube ich. Es zeigt eine Entwicklung, die ja nicht nur sich auf Europa beschränkt. Wir haben ähnliche Tendenzen in Amerika. Es geht da um eine Ideologie, die natürlich von einigen auf Staatsebene umgesetzt wird und die aber auch in der Gesellschaft jetzt junge Menschen verfängt. Und da gibt es schon eine Beziehung, wie weit jetzt dieses Rechtsextreme, in gewissem Maße auch faschistische Denkweisen in der Gesellschaft jetzt Fuß gefasst haben und eben zeigen, dass es da auch keine Grenzen gibt, auch keine Grenzen, was die Gewalt anbelangt.

**Kapern:** Woher kommt diese Enthemmung?

**Schmit:** Ja, es gibt wahrscheinlich eine ganze Reihe von Gründen, die sowohl sozialpolitisch zu erklären sind. Wir sind in Europa jetzt – aber nicht nur in Europa, ich mache auch immer den Vergleich mit den USA – durch mannigfaltige Krisen gegangen, wo viele Menschen das Gefühl haben, dass sie die großen Verlierer sind, dass die Politik sich eigentlich überhaupt nicht mehr um sie kümmert. Das Zweite ist wahrscheinlich auch eine geschichtliche Entwicklung. Wir haben immer mehr Distanz zu dem, was im letzten Jahrhundert geschehen ist. Und das erklärt auch, warum junge Menschen eigentlich plötzlich dann zu solchen radikalen Tendenzen überwechseln, weil sie eigentlich überhaupt kein Bewusstsein haben, was Faschismus ist, was Nazismus war, was eben rechtsextreme Politik eigentlich bedeutet.

**Kapern:** Sie sagten gerade, da gäbe es viele Menschen, die nach dieser mannigfaltigen Krise, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, das Gefühl haben, die Politik habe sich nicht ausreichend um sie gekümmert. Haben sie nur das Gefühl oder war das wirklich so? Hat die Politik da einen Fehler gemacht?

**Schmit:** Also ich glaube schon, dass die Politik in vielen Bereichen auch einen Fehler gemacht hat. Wir haben mit dieser Idee – und da schließe ich auch die Sozialdemokratie ein – haben wir mit dieser Idee gelebt, Globalisierung macht am Ende jeden glücklich und macht jeden eigentlich wohlhabender. Das war aber nicht der Fall. Wir haben mit der Idee gelebt, dass wir den Sozialstaat auch etwas reduzieren müssen.

Wir haben die regionalen Gefälle nicht ernst genug genommen. Dann kommt dazu natürlich, dass die extrem Rechte das Thema Immigration zu einem toxischen Problem gemacht hat. Und das hat natürlich für Menschen, die das Gefühl haben, man kümmert sich nicht um uns, aber man kümmert sich um andere, dann kommen solche Entwicklungen wie wir sie jetzt überall in Europa – es ist ja nicht ein deutsches Phänomen – erleben.

**Kapern:** Auf das Thema des Rechtsextremismus, Herr Schmit, kommen wir gleich noch mal zurück. Jetzt wollen wir erst einmal etwas über Nicolas Schmit erfahren. Sie sind 70 Jahre alt. Sie stammen aus Luxemburg. Sie sind dort seit Jahrzehnten politisch aktiv. Sie sind Ökonom, Spitzenbeamter und Diplomat und nun seit fünf Jahren EU-Kommissar. Der europäische Mindestlohn, die Richtlinie zum Schutz der Plattformarbeiter, das ist Ihre Handschrift. Warum wollen Sie jetzt Kommissionspräsident werden?

**Schmit:** Ja, also, ich habe mein ganzes Leben mich sehr viel mit Europa beschäftigt. Und ich war mein ganzes Leben auch Sozialdemokrat. Beides kommt zusammen und ich glaube, das ist auch, warum am Ende die europäische Sozialdemokratie gefunden hat, dass ich eigentlich diese Rolle jetzt spielen kann. Als Spitzenkandidat, aber auch, um zu bewahren, dass in den kommenden Jahren Sozialpolitik nicht wieder unter die Räder kommt. Und das motiviert mich, denn ich habe gesehen, dass, weil wir diese fünf Jahre mehr auf das Soziale gesetzt haben, weil wir soziale Reformen durchgebracht haben, auch hauptsächlich zusammen mit unserer Fraktion im Europäischen Parlament, glaube ich, dass es hier eine Herausforderung für die Sozialdemokratie gibt. Übrigens, von den letzten 30 Jahren waren 25 Jahre konservative Präsidenten. Also glaube ich auch, dass es einen Wechsel an der Spitze der Kommission geben sollte.

**Kapern:** Jetzt will ich Ihnen ja nicht die Zuversicht nehmen, Herr Schmit, aber alle Umfragen weisen aus, dass es um Ihre Chancen, zu gewinnen, gar nicht so gut bestellt ist. Wie gehen Sie damit um?

**Schmit:** Also, wissen Sie, in der Politik müssen Sie mit all diesen Phänomenen umgehen. Wenn jeder nur eine Kandidatur stellen würde, der sich sicher ist, dass er gewinnt, gäbe es nicht sehr viele Kandidaten in einem normalen demokratischen Prozess.

**Kapern:** Trotzdem will ich noch mal bei meiner These bleiben, dass Umfragen jedenfalls zufolge die große Konkurrenz der Sozialdemokraten, die Europäische Volkspartei, also die Christdemokraten Europas, weit vorne liegen. 170 bis 180 Sitze im nächsten Europaparlament werden da vorausgesagt, klar die Nr. 1. Die Sozialdemokraten mit 130 bis 140 Sitzen deutlich dahinter. Das sah ja vor zwei Jahren mal völlig

anders aus. Da waren sie noch auf Augenhöhe mit den Christdemokraten. Was ist da schiefgegangen?

**Schmit:** Ich glaube, dass die Umfragen wichtig sind. Ich bin aber nicht überzeugt, dass die Umfragen genau das Bild wiedergeben. Wenn ich in Frankreich sehe, da ist wirklich ein Auftrieb da. Die Franzosen können ihre Sitzzahl eventuell sogar mehr als verdoppeln. Nach dem, was in Portugal geschehen ist, haben die Sozialisten jetzt wieder in Portugal die Nase vorn. Die Sozialdemokratie wurde so oft totgesagt. Also, 30 Sitze Differenz ist viel, aber das hieße, wenn wir einen Sitz pro Mitgliedsstaat gewinnen, einen Sitz, dann könnte das Blatt sich wieder wenden.

**Kapern:** Sie hören den Deutschlandfunk, das Interview der Woche heute mit Nicolas Schmit, dem Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten für die Europawahl im kommenden Monat. Herr Schmit, vor knapp zwei Wochen da gab es eine erste Debatte der europäischen Spitzenkandidaten an der Universität in Maastricht. Und im Laufe dieser Debatte hat die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht ausgeschlossen, auch mit der EKR-Fraktion, also einer der beiden rechten Fraktionen, im Europaparlament zusammenzuarbeiten. Und Sie haben geantwortet, Sie seien – Zitat – „etwas erstaunt über diese Aussage“. Attacke hört sich anders an. Warum so zurückhaltend?

**Schmit:** Ja, da kommt wahrscheinlich der alte Diplomat etwas heraus. Aber das ist Understatement. Aber ich war natürlich mehr als erstaunt. Ich war eigentlich erschüttert. Das hätte ich mir eigentlich von der Frau von der Leyen nicht erwartet. Und ich habe das ja auch dann klar gemacht, dass man fundamentale Rechte ... und sie hat sich ja immer gerne als die Verteidigerin, die Verfechterin der fundamentalen Rechte gezeigt in der Vergangenheit, Frauenrechte, Rechte der Minoritäten usw., usf. Und da sagt sie, also auf eine sehr ruhige Art und Weise, na ja, das werden wir sehen nach der Zusammensetzung des Parlaments. Das ist für mich eine ungeheuerliche Aussage. Denn da werden Prinzipien über Bord geworfen für politischen Opportunismus. Nennen wir das beim Wort. Denn wir müssen ja mal wissen, was ist diese EKR. Sind das die netten Rechtsextremen? Ja, in der EKR finden wir die spanischen Franquisten – Vox. In der EKR finden wir eine französische Partei, die absolut keine Distanz zum Vichy-Regime genommen hat und die auch immer wieder verurteilt werden wegen Rassismus.

**Kapern:** Das ist die Partei von Éric Zemmour.

**Schmit:** Zemmour. In der EKR finden wir natürlich die PiS. Und die PiS wurde von der Kommission sanktioniert, weil sie den Rechtsstaat eigentlich abschaffen wollten.

**Kapern:** Die abgewählte polnische Regierungspartei.

**Schmit:** Hat ja die Frau von der Leyen auch mitgemacht, dass wir die polnische Regierung da sanktioniert haben. In der EKR finden wir natürlich auch die Frau Meloni. Und da kommen wir zum Punkt. Die Frau Meloni kommt aus einer ganz klar neofaschistischen Partei, die auch ihre Distanz mit dem italienischen Faschismus, das heißt mit Mussolini, das heißt eigentlich mit dem besten Alliierten von Hitler, nie klar genommen hat. Und sie verurteilt auch keine Auswüchse, die es auch in Italien gibt. Gerade auch gewaltsame Auswüchse – hat sie nie ihre Distanz genommen. Und die Frau ist jetzt eine potenzielle Alliierte der Christdemokraten? Eine Frau, die ganz klar sagt, die Revolution, die ich in Italien durchführen möchte – und wir wissen, was diese Revolution heißt, das ist eine stille „Orbanisierung“ – die Frau möchte auch diese Revolution in Europa durchführen. Ist das unser Europa? Und da sage ich nicht nur das Europa der Sozialdemokraten. Da sage ich auch ganz klar das Europa der Christdemokraten, das Europa eines Adenauers, das Europa eines Helmut Kohls. Und da bin ich schockiert, dass man so weit im politischen Opportunismus, um ein paar Stimmen hier und da zu bekommen ... das habe ich eigentlich, muss ich ganz ehrlich sagen, von der Frau von der Leyen nicht erwartet.

**Kapern:** Aber diese EKR – wir sollten vielleicht noch mal kurz für unsere Hörer erklären, dass es zwei Fraktionen am rechten Rand des Europaparlamentes gibt. Zum einen die Fraktion ID – Identität und Demokratie. Da ist zum Beispiel die AfD untergekommen. Da ist die österreichische FPÖ und eben die EKR, die von der polnischen PiS und Georgia Melonis italienischen Postfaschisten angeführt werden. Sie haben nun gerade deutlich darauf hingewiesen auf ein politisches Programm von Georgia Meloni, das offensichtlich hier in Brüssel noch gar nicht richtig angekommen ist, denn hier gilt Georgia Meloni als, ja, seriöse Europapolitikerin, von der Leyens Stütze, eigentlich die Stütze der gesamten EU-Kommission, der Sie auch angehören, in der Migrationspolitik.

**Schmit:** Ja, also hier können wir darüber reden. Ich habe eine gewisse Distanz zu verschiedenen Aspekten jetzt, die von der Präsidentin in der Migrationspolitik jetzt durchgeführt werden und die – Sie haben schon recht – sehr von der Frau Meloni inspiriert sind. Also, mit dem Scheckbuch durch die Welt zu ziehen, bei Diktatoren an die Tür zu klopfen und zu sagen, hier sind ein paar Milliarden, die bekommst du, wenn du die Migranten uns vom Hals hältst, das ist Politik, die ich nicht als sehr glaubwürdig ... und auch eine Politik, die nicht den Werten, die ich in Europa verteidige, entspricht – obwohl ich auch für eine Kontrolle der Migration bin. Das ist ein anderes Thema. Und ich bin der Meinung, ja, die Frau von Meloni ist sehr geschickt. Das muss man ihr lassen. Europapolitisch kennt sie ihre Grenzen momentan. Sie verpasst aber auch in Reden in Italien keine Gelegenheit immer wieder zu sagen,

dass sie dieses Europa umwandeln will, und dass sie ihren Nationalismus nach Europa tragen will. Momentan sind vielleicht diese Möglichkeiten etwas begrenzt, aber sie scheint da gute Hoffnung zu haben, auch Alliierte zu finden, um dieses Programm später in Europa durchzuführen. Und deshalb ist es so gefährlich mit einer Frau Meloni, die natürlich Respekt verdient, weil sie eben Präsidentin der Regierung in Italien ist, aber jetzt sich mit ihr zu alliieren, mit ihr sich in eine Koalition zu begeben, ist meines Erachtens nach völlig, völlig im Gegensatz zu der Vision von Europa, die wir haben und auch zu den Werten, die wir in Europa verteidigen müssen.

**Kapern:** Jetzt haben Sie gerade, Herr Schmit, ein Wort benutzt, da muss ich einhaken. Sie haben von einer Koalition gesprochen. Aber genau die gibt es ja in Europa gar nicht.

**Schmit:** Ja.

**Kapern:** Es gibt bloße Absprachen im Europaparlament, mehr nicht. Also was genau verlangen Sie von Ursula von der Leyen, damit sie gegebenenfalls auch die Stimmen der Sozialdemokraten im Europaparlament bei der Wiederwahl in das Amt der Kommissionspräsidentin bekommt?

**Schmit:** Das Wort Koalition geht vielleicht etwas zu weit, weil das direkt nationale Gegebenheiten anspricht. Aber es gibt Absprachen. Es gibt doch bei jeder Neubesetzung der Kommission und bei einer Wahl gibt es Absprachen. Es gibt auch gemeinsame Leitlinien, Programme, denen eine Kommission und besonders ein Kommissionspräsident oder -Präsidentin eben ihre Stimme geben, eben eine gewisse Sicherheit haben, dass das das Programm ist, was auch in den kommenden Jahren umgesetzt wird. Das war vor fünf Jahren so. Da hat die Frau von der Leyen auch, muss ich sagen, sich sehr flexibel gezeigt, auch gegenüber den Sozialdemokraten. Das ist vielleicht auch für einige von der EVP ein Problem. Jetzt, wenn ich von Koalition rede, dann meine ich natürlich jegliche Absprachen. Denn man kann sich ja nicht vorstellen, dass man sagt, okay, wir wollen die Stimmen der EKR, aber wir geben denen nichts. Die wissen ja auch, dass ihre Stimmen einen Wert haben und die werden auch verlangen, da irgendwelche Konzessionen zu bekommen auf Punkten, die sie besonders interessieren. Wir haben das ja auch jetzt schon gesehen. Es gibt immer diese Tendenz, jetzt gerade auch im Green Deal, verschiedene Aspekte im Green Deal, dann die Seiten zu wechseln und zu versuchen auch eine neue Zusammenarbeit – nennen wir das dann mal so – mit der EKR und anderen hinzubekommen. Das war also gerade bei der Renaturierungsrichtlinie zum Beispiel der Fall. Also, um das geht es. Es geht um Absprachen. Es geht um Konzession. Es geht um geheime Deals, wie die auch immer aussehen. Das ist mit uns nicht zu machen.

**Kapern:** Der Deutschlandfunk, das Interview der Woche mit Nicolas Schmit, dem Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten. Herr Schmit, Sie haben gerade den Begriff Green Deal schon benutzt. Der ist derzeit in der Defensive, hat man den Eindruck. Das ist ja das große Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen mit all den Folgegesetzen, die da dranhängen. Aber er ist – irgendwie hat man den Eindruck – in Verruf gekommen, als es dann konkret wurde mit Auflagen für die Landwirtschaft, Regeln für das Dämmen und Heizen von Häusern und dergleichen mehr. Also, engagierter Klimaschutz steht derzeit im Gegenwind. Wie würde ein Kommissionspräsident Nicolas Schmit mit dem Green Deal umgehen?

**Schmit:** Ja, es geht hier jetzt hauptsächlich um die Umsetzung. Und da auch, muss ich kritisieren, man kann nicht zu dem ... und das hat die Frau von der Leyen ja auch in dieser Debatte gesagt – ich stehe zu dem Klimagesetz, was ganz klar Ziele vorgibt. Null 2050. Und gleichzeitig habe ich das Gefühl, dass man jetzt von einer Pause in der Klimapolitik redet. Also, wie man dann die Ziele erreicht mit einer Pause, das muss man mir noch erklären. Das ist nicht besonders kohärent. Also für mich ist ganz klar, wir müssen bei der Umsetzung mehr auf Investition jetzt setzen. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen das Soziale in dieser Klimapolitik viel stärker hervorheben.

**Kapern:** Wie? Was heißt das konkret?

**Schmit:** Ja, indem wir natürlich auch die Menschen mitnehmen, auch finanziell mitnehmen, die eventuell von dieser Klimapolitik auch betroffen sind. Das heißt, Klimapolitik geht nicht ohne Sozialpolitik. Und wir brauchen auch in dem Sinne schon ein wenig Fingerspitzengefühl, wann wir Gesetze vorschlagen, wo die Menschen dann sagen, ja, wie schaffe ich das. Das werde ich ja nie in meinem Leben schaffen. Das sind Sachen, die man besser in Betracht ziehen soll. Für mich kann nur Klimapolitik zusammen mit Sozialpolitik gehen und sie kann nur in einem sehr starken Dialog gehen. Dialog mit den Sozialpartnern, Dialog mit der Industrie. Also ich war jetzt in Deutschland bei einer großen Industrie und keiner hat mir gesagt, wir wollen diese Klimapolitik nicht – keiner. Ich war in Frankreich. Da waren etliche Industriebetriebe. Hat keiner gesagt, na ja, also bitte Stopp mit dieser Klimapolitik. Nein, sie haben gesagt, wir müssen begleitet werden. Wir müssen unterstützt werden. Wir brauchen Investitionen, um diese Klimapolitik industriell auch hinzubekommen. Und da liegt natürlich ein wunder Punkt. Wettbewerbsfähigkeit ist für mich auch ein Thema. Ist nicht nur für die EVP, ist auch für die Sozialdemokraten ein Thema. Aber wie gestalten wir Wettbewerbsfähigkeit ohne das Soziale, ohne die Industrie zu beschädigen? Da spielt auch Energiepolitik übrigens eine wichtige Rolle.

**Kapern:** Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass es Investitionen braucht in Europa. Der Green Deal ist ja nicht die einzige Transformation, die die Europäische Union gerade durchläuft. Wir haben den digitalen Wandel. Wir werden in Europa die Verteidigungspolitik und Verteidigungsindustrie neu ausrichten müssen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Mario Draghi, der ehemalige EZB-Präsident und italienische Regierungschef hat kürzlich gesagt, man benötigt 625 Milliarden Euro an Investitionen, und zwar pro Jahr in Europa, nicht nur aus öffentlichen, auch aus privaten Kassen.

**Schmit:** Ja, absolut.

**Kapern:** Gleichwohl viel öffentliches Geld notwendig.

**Schmit:** Ja.

**Kapern:** Woher?

**Schmit:** Ja, also erstens sage ich mal, man kann nicht sagen, wir haben Zeitenwende und glaubt, dass man einfach so weiterfahren kann wie vorher. Wir haben große Herausforderungen. Das ist Verteidigung. Ich stehe absolut dazu. Wir müssen mehr in unsere Verteidigung investieren. Wie kommen wir daran? Also ich sage immer, können Sie sich vorstellen, dass Churchill 1940 gesagt hat, ja, ich möchte ja eigentlich den Krieg gegen Hitler weiterführen, aber ich weiß nicht, wie ich ihn finanziere. Ist völlig Unsinn. Und das ist die Frage jetzt. Erstens, wir brauchen Mobilisierung der europäischen Finanzmittel, deshalb ist diese European Capital Union ein wesentlicher – also Kapitalunion in Europa ...

**Kapern:** Das wäre die Mobilisierung privaten Kapitals.

**Schmit:** Ja, Privatkapitals, aber auch in einem gewissen Sinne öffentlicher Ressourcen. Wir brauchen natürlich mehr Zusammenarbeit. Wir haben ja gezeigt, dass das funktioniert über das NextGeneration-Programm.

**Kapern:** Also den Wiederaufbaufonds.

**Schmit:** Ja. Und wir brauchen natürlich auch Ressourcen. Wir brauchen Ressourcen. Also, es kann ja nicht sein, dass alles um uns herum infrage gestellt wird, dass wir unglaubliche Herausforderungen haben und zum Beispiel in der Besteuerung, da geschieht nichts. Da bleibt alles beim Alten. Und da, glaube ich, muss man ansetzen. Wir müssen neue Ressourcen schaffen, wie die auch immer aussehen, europäische, auch national müssen die Staaten sich darum Gedanken machen, wie sie ein gerechtes Steuersystem weiterentwickeln. Also, ohne Ressourcen, auch steuerliche Ressourcen ... ich bin nicht der, der sagt, es kann alles auf Pump gehen. Nein. Ich glaube auch, dass man darüber nachdenken muss, wie ein gerechtes Steuersystem

zu der Finanzierung dieser unglaublich historischen Herausforderung, der finanziellen Herausforderung auch beitragen kann.

**Kapern:** Aber trotzdem, jetzt haben Sie sich etwas elegant herumgemogelt um etwas, das ich Ihnen noch gerne entlocken möchte.

**Schmit:** Ja.

**Kapern:** Wie steht es mit der Forderung – die ja auch erhoben wird – nach einem erneuten europäischen, gemeinsamen, schuldenfinanzierten Investitionsprogramm?

**Schmit:** Ja, also ich bin da sehr mit Mario Draghi. Mario Draghi, soweit ich weiß, ja kein Sozialdemokrat. Aber Mario Draghi hat schon sehr starke Kenntnisse, wie die Zukunft auch aussehen muss und kommt ja auch aus der Europäischen Zentralbank. Dass man eben gerade ein solches Instrument neu schaffen muss, scheint mir unumgänglich.

**Kapern:** In welchem Umfang?

**Schmit:** Ja, das ist immer schwierig zu sagen, wo man das jetzt ansetzt. Da will ich mich nicht festlegen. Aber es muss so sein, dass es ... Mario Draghi hat ja immer dieses Bild der Bazooka gebraucht. Ich würde sagen, leider in dieser Zeit passt das ja vielleicht nicht so gut. Aber wir brauchen ein Instrument, was auch wirklich uns hilft, diesen wirtschaftlichen und auch technologischen Wandel zu finanzieren, auch im Vergleich zu anderen. Wir sehen ja, was die Amerikaner machen. Wir sehen, was die Chinesen machen. Entweder spielt Europa seine Rolle in der Welt oder wir werden eine Nebenrolle in der zukünftigen Welt spielen.

**Kapern:** Herr Schmit, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für den Deutschlandfunk genommen haben.

**Schmit:** Vielen Dank.

**Kapern:** Ich wünsche Ihnen einen guten Tag.

**Schmit:** Danke.